



# BMZ-Initiative “Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit”

Als Beitrag zur Umsetzung der G8-Muskoka-Initiative zur Verbesserung der Kinder- und Müttergesundheit sowie zur Unterstützung der globalen Strategie “Every Woman, Every Child” unter Schirmherrschaft des VN-Generalsekretärs hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine eigene Initiative “Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit” ins Leben gerufen. Die Initiative beinhaltet zunächst finanzielle Verpflichtungen für den Zeitraum 2011 bis 2015. Auf der Konferenz der Globalen Impfallianz Gavi im Januar 2015 kündigte Bundesminister Gerd Müller die Fortsetzung der Initiative bis mindestens 2019 mit je 100 Millionen Euro pro Jahr an. Damit schreibt das BMZ das kontinuierliche Engagement Deutschlands zur Erfüllung der Ziele der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo fort.

## ZIELE

Die BMZ-Initiative “Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit” verfolgt drei Ziele:

1. Wissen über und Akzeptanz moderner Familienplanungsmethoden steigern;
2. Zugang zu modernen Familienplanungsmethoden und -dienstleistungen verbessern;
3. Zahl der medizinisch-professionell begleiteten Geburten erhöhen.

Bei der Erreichung dieser Ziele verfolgt das BMZ gemeinsam mit den beteiligten Partnern einen menschenrechtsbasierten und gendersensitiven Ansatz. Auf internationaler Ebene setzt sich das BMZ dafür ein, dass Familienplanung und Müttergesundheit eine hohe Priorität eingeräumt wird. Um nachhaltige Wirkungen auf nationaler Ebene zu erzielen, unterstützt das BMZ Partnerländer darin, ihre Gesundheitssysteme zu stärken. Es engagiert sich bei Reformen der Gesundheitsfinanzierung und sozialen Krankenversicherungen sowie der Ausbildung von Fachkräften, um insbesondere die geburtshilfliche Versorgung verbessern zu können.

## INTERNATIONALES ENGAGEMENT

Bei Gesprächen und Projektbesuchen stellen führende Vertreter des BMZ regelmäßig die Bedeutung von Familienplanung und Müttergesundheit heraus, so u.a. in Afghanistan, Bangladesch, Burundi, Jemen, Kenia, Malawi, Pakistan, Südafrika und Zentralasien. Im Mai 2015 wandte sich Bundesminister Gerd Müller zusammen mit 15 weiteren EU-Amtskollegen in einem gemeinsamen Brief an die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und den EU-Kommissar für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung. Ziel der Initiative war, die EU-Positionierung zum Thema Frauen- und Selbstbestimmungsrechte voranzubringen. In dem Schreiben wird besonders die Bedeutung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte (SRGR) für nachhaltige Entwicklung und deren Einbindung in die Post-2015 Agenda betont.

Darüber hinaus engagiert sich das BMZ in einer Vielzahl von bi- und multilateralen Initiativen. Seit 2006 unterstützt das BMZ die Arbeit der Impfallianz Gavi und hat seitdem bis einschließlich 2015 insgesamt 164 Millionen Euro bereitgestellt. Als Gastgeber der Wiederauffüllungskonferenz im Januar 2015 hat Deutschland seinen Beitrag für Gavi erheblich aufgestockt: Bis 2020 sollen insgesamt 600 Millionen Euro bereitgestellt werden. Zudem unterstützt das BMZ u.a. die Internationale Familienplanungsvereinigung (International Planned Parenthood Federation, IPPF), den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Das BMZ hat sich aktiv an der Entwicklung der Neuauflage der globalen Strategie zur Förderung der Gesundheit von Frauen, Kindern und Jugendlichen (2016-2030) beteiligt, die im September 2015 vom Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN) lanciert wurde. Evidenzbasierte Umsetzungstaktiken, Gesundheitssystemstärkung, Rechenschaftslegung und der menschenrechtsbasierte Ansatz waren hierbei deutsche Kernanliegen.

## UMFASSENDE PARTNERSCHAFTEN – VERSTÄRKTE UNTERSTÜTZUNG DES ENGAGEMENTS VON ZIVILGESELLSCHAFT UND PRIVATSEKTOR

Seit Anfang 2012 zählen Vorhaben der Mutter-Kind-Gesundheit zu den Förderschwerpunkten der vom BMZ geförderten Projekte privater Träger. Die Summe der bewilligten Projekte zur Verbesserung der Mutter-Kind-Gesundheit von privaten Trägern hat sich kontinuierlich von 0,98 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 6,1 Millionen Euro im Jahr 2014 gesteigert. So konnten Vorhaben in Afghanistan, Äthiopien, Burkina Faso, Burundi, Guatemala, Guinea, Haiti, Indien, Kambodscha, Kamerun, Nicaragua, Niger, Nigeria, Pakistan, Peru, Sambia, Senegal, Tansania, Togo, Uganda und Usbekistan unterstützt werden. Das BMZ fördert über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) seit 2014 ein regionales Projekt von IPPF Africa Region mit dem Titel "Africa Rising". Das Projekt baut auf bereits bestehende regionale Netzwerke der Zivilgesellschaft auf und nutzt diese als Basis für eine Austausch-, Wissens- und Diskussionsplattform für gemeinsame Advocacy-Aktivitäten zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte im Rahmen des Post-2015-Prozesses.

Bundesminister Gerd Müller nahm an der Sondersitzung der VN-Generalversammlung anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 2014 teil. Dort betonte er die Bedeutung von Bevölkerungsdynamik und SRGR für nachhaltige Entwicklung. Außerdem veranstaltete das BMZ gemeinsam mit Partnern (u.a. Malawi und Tansania) anlässlich der Sondersitzung ein Side Event zum Thema umfassende Sexualaufklärung, an dem hochrangige Gäste wie die First Ladies von Tansania und Malawi, die ehemalige Gesundheitsministerin von Botswana sowie Staatssekretäre aus Frankreich und Norwegen teilnahmen. Gemeinsam forderten sie eine bessere Gesundheitsversorgung und Aufklärung für junge Menschen bereitzustellen.

In Zusammenarbeit mit dem BMZ und Bayer HealthCare veranstalten die Stiftung Weltbevölkerung (DSW), die GIZ, IPPF und die KfW Entwicklungsbank jährlich den Internationalen Dialog zu Bevölkerung und nachhaltiger Entwicklung. Der 12. Internationale Dialog im November 2014 stand unter dem Motto "ICPD and Beyond: Investing in Health and Rights". Die Veranstaltung brachte mehr als 90 Vertreter aus Politik und Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammen. In einer lebhaften Diskussion tauschten sich die Teilnehmer zu den Ergebnissen des Überprüfungsprozesses der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz aus und widmeten sich der Entwicklung von gemeinsamen Strategien und Empfehlungen, um zentrale Inhalte des Kairoer Aktionsprogramms wie SRGR adäquat in die Post-2015 Entwicklungsagenda zu integrieren. Die Ergebnisse des Dialogs wurden in dem Berlin Call to Action festgehalten.

## FINANZIELLE MITTEL UND WIRKUNGEN AUF NATIONALER EBENE

Ausgehend von einem Betrag von rund 44 Millionen Euro im Basisjahr 2008 stiegen die bilateral-staatlichen Regierungszusagen für Müttergesundheit und Familienplanung bereits im Jahr 2011 auf rund 93 Millionen Euro an. In den Jahren 2012, 2013 und 2014 lagen die Zusagen bei 82 Millionen Euro, 95 Millionen Euro und 79 Millionen Euro. Hinzu kommen weitere bilaterale Zusagen vor allem über die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit und private Träger.

Die bisherigen bilateral-staatlichen Zusagen im Rahmen der Initiative wurden den Regierungen von Bangladesch, Benin, Burundi, Cote d'Ivoire, Guinea, Jemen, Kambodscha, Kamerun, Kenia, Kirgisistan, Malawi, Nepal, Niger, Pakistan, Sierra Leone, Sri Lanka, Tadschikistan, Tansania, Vietnam sowie der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM), der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC), der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC) gegenüber ausgesprochen. Die Umsetzung der Mittel durch effektive und innovative Ansätze vor Ort trägt direkt zur Erreichung der drei Ziele der BMZ-Initiative bei.

Durch das Gutscheinprogramm können sich auch Frauen und Kinder aus ärmeren Familien in Malawi die Behandlung in einem Krankenhaus leisten.



Jugendliche in Nepal erhalten über ihre Mobiltelefone wichtige Informationen zu Familienplanung und Gesundheit.



### 1. Wissen über und Akzeptanz von modernen Familienplanungsmethoden steigern

Gemeinsam mit UNESCO und UNAIDS unterstützt das BMZ die Initiative "Eastern and Southern African (ESA)". Durch umfassende Sexualerziehung und jugendfreundliche Gesundheitsdienste trägt diese zur Verbesserung der HIV-Prävention und der sexuellen und reproduktiven Gesundheit junger Menschen im östlichen und südlichen Afrika bei. Zur weiteren Unterstützung der ESA-Initiative startete das BMZ 2014 ein neues Regionalprogramm mit 3 Mio Euro. Der Schwerpunkt des dreijährigen Programmes wird auf der Förderung von Wissens- und Erfahrungsaustausch in der Region liegen. In Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan unterstützt das regionale Gesundheitsprogramm die Verbesserung des Wissens über reproduktive Gesundheit in der Bevölkerung. Allein in Usbekistan wurden seit 2012 in 1.300 Nachbarschaftsvereinigungen – so genannten Mahallas – wichtige Multiplikatoren wie Männer, Schwiegermütter und religiöse Führer zu Themen wie reproduktiver Gesundheit, Geschlechtergerechtigkeit und gesundheitlicher Aufklärung weitergebildet. Damit wird eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz und den Zugang zu selbstbestimmter Familienplanung von Männern und Frauen geschaffen.

### 2. Zugang zu modernen Familienplanungsmethoden und -dienstleistungen verbessern

Als einer der größten bilateralen Geber finanziert das BMZ über die KfW-Entwicklungsbank die Versorgung von Partnerländern mit Produkten zur Familienplanung und HIV Prävention. Im Zeitraum von 2011 bis 2014 unterstützte Deutschland Lieferungen von Kondomen für Männer und Frauen, Verhütungspillen, Dreimonatsspritzen, Spiralen und Implantaten mit 70,7 Millionen Euro. Mit den zwischen 2012 und 2014 finanzierten Produkten konnten sich rund 8 Millionen Paare, u.a. in Burundi, Kamerun, Niger, Burkina Faso, Guinea, Malawi sowie in Pakistan, vor ungeplanten Schwangerschaften oder sexuell übertragbaren Krankheiten schützen. In Pakistan fördert die KfW Entwicklungsbank im Rahmen der BMZ-Initiative das bereits laufende Programm mit einem weiteren Zuschuss von 14,5 Millionen Euro. Damit werden u.a. der Ausbau kleiner privater Gesundheitseinrichtungen in ländlichen Gebieten sowie die Beschaffung von Geburtshilfe-Sets, Nahrungsergänzungs- und

Verhütungsmitteln finanziert. Zu den bereits bestehenden 8.000 so genannter Basiskliniken – kleinen Gesundheitseinrichtungen mit ein oder zwei Behandlungsräumen sowie Sprechzimmer – werden bis 2016 weitere 450 Gesundheitseinrichtungen hinzukommen. Somit werden die Gesundheitsvorsorge und das Angebot an Verhütungsmitteln in ländlichen Regionen verbessert.

### 3. Zahl der medizinisch professionell begleiteten Geburten erhöhen

In Kambodscha unterstützt das bilaterale Gesundheitsprogramm geburtliche Notfallzentren in vier Provinzen des Landes. Seit Beginn des Programms im Jahr 2012 hat sich die Anzahl der professionell begleiteten Geburten in diesen Zentren um durchschnittlich 25 Prozent pro Jahr erhöht. Auch in Malawi konnte die Anzahl der professionell begleiteten Geburten in den vier von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterstützten Distrikten deutlich erhöht werden: von jährlich 58.980 im Jahr 2010 auf 77.351 im Jahr 2015. Ein großer Erfolg, denn allein durch diese Interventionen hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu mehr als einem Drittel des landesweiten Gesamtanstieges der betreuten Geburten beigetragen. Die langjährige finanzielle Unterstützung durch die Deutsch-Norwegische Mutter-Kind-Gesundheitsinitiative, in deren Rahmen die

## M-HEALTH IN NEPAL – EIN INNOVATIVER ANSATZ ERREICHT JUGENDLICHE

In Nepal unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bereits seit 2007 jugendfreundliche Gesundheitsdienste. Dieses Engagement konnte durch die BMZ-Initiative weiter ausgebaut werden. Durch eine Partnerschaft mit der Regierung, weiteren Gebern und einem Mobilfunkanbieter werden seit 2014 kostenfreie Informationen über Schwangerschaft und Verhütung auf Mobiltelefone versendet. Diese Nachrichten erreichten bereits mehr als eine Million Jugendliche.

Ein zufriedenes Elternpaar mit einem gesunden Neugeborenen in einem Gesundheitszentrum in Kampot, Kambodscha.



## AUSBILDUNG VON HEBAMMEN UND MEDIZINISCH GESCHULTEM PERSONAL – EIN SCHLÜSSELFaktor FÜR DIE PROFESSIONELLE BEGLEITUNG VON GEBURTEN

Die Aus-, Fort- und Weiterbildung geburtshilflich tätigen Personals wird in verschiedenen Programmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit gefördert. Über diese Programme wurden von 2011 bis heute ca. 10.000 Gesundheitsfachkräfte geschult, u. a. in Bangladesch, Kamerun, Kambodscha, Zentralasien, Malawi und Pakistan sowie der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC).

Diese Schulungen decken ein breites Themenspektrum ab. Sie reichen von mehrtägigen Trainings zu Familienplanung und sexueller Gesundheit über mehrmonatige Schulungen in geburtshilflicher Notfallversorgung bis hin zu einer 3-jährigen Hebammenausbildung.

In Kamerun werden beispielsweise die drei von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geförderten Schulen bis Ende 2015 bereits 75 fertig ausgebildete Hebammen hervorbringen. In Bangladesch sind seit 2013 mit Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bereits 67 Gynäkologen und 47 Krankenschwestern in Notfall-Geburtshilfe fortgebildet worden. Bis Ende 2015 graduieren dort zudem die ersten 625 Absolventinnen des Diplomkurses für Hebammen. Die Implementierung des Diplomkurses wird von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Zusammenarbeit mit UNFPA in Form von technischer und konzeptioneller Beratung durch nationale und internationale Expertinnen unterstützt. Ein Mentorenprogramm stellt dabei sicher, dass die angehenden Hebammen im Rahmen ihrer Ausbildung klinische und praktische Fertigkeiten und Kompetenzen erlangen.

KfW u.a. ein Gutscheinprogramm für werdende Mütter einführte, und das 2014 ins Leben gerufene GIZ-Mentorenprogramm in vier Distriktkrankenhäusern konnten gemeinsam einen wichtigen Beitrag leisten. Die Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren wie der Christian Health Association spielen dabei eine immer wichtigere Rolle.

### HERAUSGEBER

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH  
Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn  
Friedrich-Ebert-Allee 36, 53113 Bonn  
Tel. +49 (0) 228 44 60 - 0  
E-Mail: [bdsrgr@giz.de](mailto:bdsrgr@giz.de)  
[www.giz.de/gesundheit](http://www.giz.de/gesundheit)

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),  
Referat Gesundheit und Bevölkerungspolitik.

### FOTOS

Christian Kampen/KfW, Nirajan Kadhka/GIZ,  
Ursula Meisner/GIZ

### STAND

Oktober 2015

### DIENSTSITZE DES BMZ

→ BMZ Bonn  
Dahlmannstraße 4, 53113 Bonn  
Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0 | Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500  
→ BMZ Berlin im Europahaus  
Stresemannstraße 94, 10963 Berlin  
Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0 | Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

### KONTAKT

[poststelle@bmz.bund.de](mailto:poststelle@bmz.bund.de)  
[www.bmz.de](http://www.bmz.de)

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.